

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verfassstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 30

Berlin, den 23. Juli 1927

2. Jahrgang

Kultur und Gewerkschaften.

Man kann es eher harmlos als revolutionär nennen, gut illustrierte Abhandlungen über den sterbenden Privatkapitalismus zu schreiben. Solange das Befinden eines Kranken so ist, wie das des „sterbenden“ Kapitalismus, kann er mit solchen „Propheten-zeigungen“ einverstanden sein. Er kann ja in solchem Fall mit mehr Berechtigung als bisher Hilfe verlangen. Die heutige Regierung ist zu mittelalters, um solchen Weltlern die Tür zu weisen, auch fehlt ihr dazu der geeignete Mann. Der Privatkapitalismus ist noch recht lebendig und hat sich von seiner Krankheit gut erholt.

Es ist entschieden revolutionärer, aber auch viel schwerer, die Kräfte des Gegners richtig einzuschätzen und ihn dann an der empfindlichsten Stelle zu treffen, als wilde Reden zu halten. Es ist um so schwerer, als viele Hindernisse überwunden werden müssen. Keineswegs richtig ist es aber, nur die Schwierigkeiten des Kapitalismus in den industrialisierten Ländern, besonders in Europa, im Auge zu haben, und es wäre gleichfalls eine falsche Deutung, Konkurrenz, Zusammenbruch, Kreditmangel, Arbeitslosigkeit usw. als Zeichen einer kapitalistischen Völkerverdämmerung anzusehen. Man darf nicht verkennen, daß aus dem kapitalistischen Chaos, das in unseren Ländern herrscht, eine Vermögens- und Machtkonzentration aufsteigt. Sicher ist, daß industrielle Konzentration und Verrückung, das privatkapitalistische Monopol, die Führung der Industrie hat, und daß diese wieder mehr und mehr durch das Finanzkapital überboten wird. Das Finanzkapital ist infolge seiner durch nichts gehemmten Beweglichkeit durchaus international. Vom Privatkapital darf man kein volkswirtschaftliches Interesse erwarten und als „nationales“ Objekt kommen nur die Zinsen in Frage. Trotz aller schmetternden Jubelhymnen aus dem nationalen Lager muß man sich klar darüber sein, daß solche Töne im kapitalistischen Orchester keine große Rolle spielen.

Der unheilvolle Krieg, der die Völker heimsuchte, hat das Kapital nur scheinbar verwundet. Der Krieg hat es schneller ermöglicht, den schmalen Pfad zur Ausbeutung der Länder, die bisher für die Industrie wenig oder noch gar nicht erschlossen waren, zu einer imposanten Heerstraße auszubauen. Wenn es vor dem Kriege, wie beispielsweise in England, durch die Gesetzgebung, durch die Diktatur der Profitinteressen nicht möglich war, eine industriell-kapitalistische Erschließung der Kronländer herbeizuführen, um für den Industriebaron in Manchester oder Lancashire keine gefährliche Konkurrenz zu schaffen, so mußte diese Politik unter dem Zwang des Krieges natürlich eine Wendung erfahren. Die Industrialisierung der Kolonien, besonders Indiens, wurde nach Kräften gefördert. Für den englischen Kapitalismus in seiner Ganzheit war eine solche Wendung keineswegs gefährlich. Er exportierte eben Kapital statt Waren, was aus dem Mutterlande wurde, war gleichgültig. Man braucht nicht um das Kapital der englischen Insel besorgt zu sein, vielmehr um die englische Arbeiterklasse und damit dem größten Teil der Bevölkerung überhaupt. Aber der Gewinn ist die Hauptsache, der Bestand des Staates ist für den Kapitalismus Nebensache.

Nicht nur England erfährt die Auswirkung eines solchen wirtschaftspolitischen Umschwungs. Überall hat der Krieg nach den unerschlossenen Ländern begonnen. Hierdurch versteht man, warum sich das deutsche Kapital an größere ausländische Mächte anschließt. Welche Sprache auch der Proletarier spricht, er wird von dieser Entwicklung getroffen, er wird durch die wachsende industrielle Reservearmee in den Industrieländern bedrängt, er muß es sich daher zur Aufgabe machen, die Hauptursachen zu erforschen, zu bekämpfen und, wenn möglich, zu beheben.

Diese Entwicklung zwingt die Arbeiterklasse zu verstärkter Wachsamkeit, da durch die Konkurrenz ihrer farbigen Genossen eine gefährliche Stimmung für ihren Befreiungskampf entstehen kann. Überall, wo der Kapitalismus ein noch unerschlossenes Feld findet, muß man von Ausbeutungsgenossen im wahren Sinne des Wortes sprechen, z. B. in China, in Indien. Wir sehen nur eine Wiederholung dessen, worüber Marx und Engels schon berichtet haben. Im Zeitalter der Technik und der Entfernungsverminderung kann man natürlich wirkungsvollere Mittel als früher anwenden. Gleichheit herrscht nur in der strapaziösen Art und Weise des Menschenverbrauchs.

Was der Londoner Korrespondent des „Bombay Chronicle“, M. G. Patel, über die Arbeiter in Bombay „wie sie leben und sterben unter dem Kapitalismus“ erzählt, ist mit Kultur unvereinbar. Es genügt, zu berichten, daß 53 Proz. der unabhängigen, alleinstehenden indischen Arbeiter auf Straßen, Plätzen und unter Veranden schlafen, weil sie nicht in der Lage sind, die Kosten für Miete aufzubringen. Sobald die Arbeiter in die Städte kommen, sind sie dem Kapitalismus ausgeliefert. Um überhaupt Arbeit zu erlangen, muß versucht werden, den Vorarbeiter zu bestechen. Da die erste Lohnzahlung erst sechs Wochen nach Beginn der Arbeit erfolgt, sind sie gezwungen, Geld zu hohen Zinsen beim Getreidehändler zu leihen. Die Zinsen betragen ungefähr 75 bis 100 Proz. Der Arme hat zu schwören, auch wenn er kein feiner erworbenes Geld schlechte Ware und falsches Gewicht erhält. Da er nicht lesen und schreiben kann, ist er ausgeliefert, sobald er seinen Daumenabdruck unter ein elendes Schriftstück gesetzt hat. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, zwölf Stunden, ja, auch zwei Schichten hintereinander. Damit dem Gelehrten, das für Jugendliche halbe Arbeitszeit vorschreibt, entsprochen wird, müssen die Arbeiter, die erst zwischen zwölf und fünfzehn Jahre alt sind, oft hintereinander unter verschiedenen Namen in zwei verschiedenen Betrieben, die vielleicht demselben Unternehmer gehören, schuften. Die Lastträger, Hafenarbeiter usw. bekommen für ihre ungeheuer schwere Arbeit nur ein Schilling 4 Pence den Tag, vorausgesetzt, daß der Vorarbeiter ihnen den Lohn wirklich gibt. Andere Arbeiter erhalten noch geringere Zahlungen. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß sie mit wenigem zufrieden sein müssen und sich schon freuen, wenn sie nur etwas Reis erhalten können. Die Strapazen und die schlechte Ernährung brüht das Durchschnittsgewicht eines Fabrikarbeiters auf 10 Pfund. Darüber wundert man sich jedoch keineswegs. Der offizielle Regierungs-

rapport konstatiert trocken, „daß die Durchschnittsernährung hinter der für die Gefängnisse vorgeschriebenen Quantität zurückbleibt“. Welche Ironie! Hier kann sich der Kapitalismus wirklich austoben. Für nötigen Ersatz des eingegangenen „Menschenmaterials“ ist schon durch die Natur gesorgt, wenn auch noch so viele in den fensterlosen Böhren — worin, oft zusammen mit Vieh, in einem einzigen Raum von 15 mal 12 Fuß (also 180 Quadratmeter) 6 Familien (!) leben — zugrunde gehen; neue erscheinen ja doch immer wieder. Durch ein raffiniert durchdachtes Straf- und Verschulungssystem legt man den Neulingen die gleichen Schlingen.

Der Gewinnüberschuss „östlich des Suezkanals“ ist auch dementsprechend. S. N. Braillsford verdankt wir Berichte hierüber für die Anteindustrie. In den Spinnereien im Gangesdelta werden 79 Proz. der Wolle in die Fäden verarbeitet. Diese Spinnereien, mit schottischem Kapital gegründet und hauptsächlich den Mutterspinnereien von Dundee gehörig, hatten in den letzten Jahren an Profiten und Reserven zusammen den ungeheuren Ertrag von 300 Millionen Pfund Sterling! Das ist gleich einem Jahresarbeitsdienst von 90 Proz. des Kapitals! Auf jeden der circa 300 000 Arbeiter hat das schottische Kapital durchschnittlich 100 Pfund Nutzen. Dabei kann man das Einkommen dieser Arbeiter im Verhältnis zu anderen noch sehr gut nennen, da ihr Verdienst im Durchschnitt jährlich die „richtige“ Summe von 12 Pfund 10 Schilling ausmacht. 12% Pfund Arbeitslohn für den Proletarier, 100 Pfund Mehrwert für den Kapitalismus, ein feines Geschäft! Und wie bereits gesagt, ist diese Kategorie Arbeiter noch die bestbezahlte. Wie Braillsford mitteilt, beträgt das durchschnittliche Einkommen eines indischen Arbeiters im Jahre ungefähr 4 Pfund; die Kohlenbergarbeiter haben beispielsweise ein schlimmeres Los als die Zutearbeiter gezogen. Trotz allem drängt es die Menschen immer wieder vom Lande in die Stadt, zur Industrie; der Hunger peitscht sie vorwärts und man kann sich ein Bild davon machen, wie es erst auf dem Lande aussieht muß. Ja, das Kapital hat nach Reserven an Menschen und Geld zur Verfügung! Bei den vier größten Betrieben war in diesen 10 Jahren keine Dividende geringer als 20 Proz. (eine solche auch nur einmal), aber zeitweise stieg sie auch auf 200 bis 250 Proz.

Wenn man all das berücksichtigt, so erhält die Kapitalausfuhr ihr richtiges Gesicht. Man darf sich durch die aktive Zahlungsbilanz, die gewöhnlich als Gradmesser für den Wohlstand des Volkes dient, nicht täuschen lassen, denn sie wird mit kapitalistischem Auge gesehen, für den Arbeiter dagegen kann sie eine Falle werden, in die er gutgläubig hineingerät. Der Arbeiter hat sicher ein Interesse daran, wie die heimische Industrie von dem Uberschuss Gebrauch macht. Man kann sich vorstellen, daß eine einheimische Industrie zugrunde geht, weil das Kapital des Unternehmers draußen gewinnbringender „arbeitet“.

In der Praxis wird es ja nicht so leicht vorkommen, daß eine ganze Industrie für immer stillgelegt wird, denn auch der Kapitalist ist an der weitgehenden Ausnutzung der ihm zur Verfügung stehenden Herstellungsmittel interessiert. Innerhalb der gesamten Weltwirtschaft ist für die Arbeitsteilung noch viel freier Raum, ebenso sind Umstellungen möglich, wie in der Zuteindustrie. Die Spinnereien von Dundee z. B. haben sich auf die feinere Ware spezialisiert. Der Kapitalismus geht aber überall nach eigenem Ermessen und Bedürfnis hervor, und das muß geändert werden. Nur durch eine übergeordnete Macht kann eine planvolle Wendung geschaffen und dem privaten Eigenwillen ein Riegel vorgeschoben werden. In England herrscht bereits der Kampf um das Gemeineigentum an Kohle und Kraft, und eine solche Frage müßte in allen Ländern auf der Tagesordnung stehen. Dies ist um so eher gerechtfertigt, als der Staat vielfach für den Aufbau in Industrie und Wirtschaft benutzt wird, ohne — besonders in Deutschland — als wirklicher Teilhaber und Kontrolleur in Funktion zu treten.

Dem Finanzkapital, das heute eine so hervorragende Rolle spielt, muß die gesammelte Kraft der Arbeiterorganisationen entgegengesetzt werden. Nachdrücklich ist auf den Einfluß hinzuweisen, den die farbigen Arbeiter auf die soziale Lage ihrer weltlichen Genossen ausüben. Das neben allgemeiner Willkür gegen den Rebenmenschen der Selbsterhaltungstrieb des weißen Proletariats eine Besserung der Zustände anstreben muß, ist genügend erklärt worden. Eines der Ziele wäre, die Washingtoner Konvention durchzuführen. Wenn es möglich wäre, den Weltkongress für die gesamte Arbeiterschaft der Welt durchzuführen, wäre viel gewonnen. Freilich darf man sich nicht der träumerischen Hoffnung hingeben, daß man heute schon die farbigen in die geschlossene Front hineinzurechnen könne. Das hauptsächlichste Ziel ist der solidarische Kampf der europäischen Arbeiter um ihr eigenes, menschenwürdiges Dasein und einen angemessenen Lebens- und Lohnstandard. Diesen Kampf müssen die Gewerkschaften führen, werden ihn führen und führen ihn schon.

Verhalten des Arbeitsnachweises bei Streik und Aussperrung.

(§ 42 des Arbeitsnachweisgesetzes.)

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wirksamkeit einer öffentlichen unentgeltlichen Arbeitsvermittlung ist ihre Neutralität. Arbeiter und Arbeitgeber, auf deren beiderseitiges Vertrauen der Arbeitsnachweis angewiesen ist, müssen das Gefühl haben, daß für seine Vermittlungstätigkeit nur ein Gesichtspunkt maßgebend ist, nämlich: den richtigen Mann an die richtige Stelle zu bringen, daß dagegen alle sonstigen, insbesondere politischen Gesichtspunkte ausscheiden. Darum muß der Arbeitsnachweis sich neutral verhalten gegenüber der politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit des Arbeitstafel, gegenüber seiner Konfession, er muß sich neutral verhalten natürlich aber auch gegenüber Arbeitskämpfen. Gerade die Neutralität gegenüber Streiks und Aussperrungen ist deshalb besonders wichtig, weil hier die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer am schärfsten aufeinanderstoßen.

Das Arbeitsnachweisgesetz verpflichtet daher zunächst die Arbeitgeber, Beginn und Ende eines Ausstandes oder einer

Aussperrung dem zuständigen Arbeitsnachweis schriftlich anzuzeigen. Die Gewerkschaften sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, eine derartige Anzeige zu erstatten.

Alsdann muß der Arbeitsnachweis jedem Arbeitsuchenden, für den eine Vermittlung nach dem bestrittenen oder ausgesperrten Betrieb in Frage käme, von der Tatsache des Arbeitskampfes Kenntnis geben. Die Vermittlung darf nur dann angenommen werden, wenn der Arbeitsuchende sie trotzdem verlangt. Der Arbeitsnachweis hat also grundsätzlich eine Vermittlung in einem im Arbeitskämpfe befindlichen Betrieb abzulehnen. Nur wenn sich Arbeiter finden, die ausdrücklich in einen solchen Betrieb vermittelt werden wollen, kann von diesem Grundsatze abgegangen werden. Dagegen darf der Arbeiter auch nicht auf dem Umwege über die Erwerbslosenfürsorge zur Annahme von Streikarbeit gezwungen werden, denn der grundsätzliche Verpflichtung, angebotene Arbeit anzunehmen, steht gegenüber dem Recht des unterliegenden Arbeitslosen, Arbeit dann abzulehnen, wenn sie durch Streik oder Aussperrung frei geworden ist. (Diese Bestimmung ist zwar in der Erwerbslosenfürsorge nicht ausdrücklich enthalten, jedoch durch verschiedene Ministerialerlasse zur allgemeinen Praxis gemacht worden.)

Sind die vorgeschriebenen Vorschriften hauptsächlich als Zwang zur Neutralität zugunsten der Arbeitnehmer wirksam, so ist andererseits die Verpflichtung gegenüber dem Arbeitgeber die gleiche. Ausständige und ausgesperrte Arbeitnehmer dürfen daher einem Arbeitgeber nur dann vermittelt werden, wenn er über die Tatsache des Ausstandes oder der Aussperrung vorher unterrichtet worden ist. Gängt also im ersten Fall die Vermittlung von dem Entschlusse des Arbeitnehmers ab, so in diesem von dem Entschlusse des Arbeitgebers. Nur wenn dieser damit einverstanden ist, daß ihm ausständige oder ausgesperrte Arbeitnehmer vermittelt werden, darf der Arbeitsnachweis die Vermittlung vornehmen.

Durch diese Vorschriften soll ermöglicht werden, daß der Arbeitsnachweis sich im Arbeitskämpfe weder auf die Seite des einen noch des anderen Teiles stellt und somit aus dem Streit der Parteien herausbleibt. Im ganzen werden die Bestimmungen diesem Ziele auch gerecht. Schwieriger liegen die Dinge schon dort, wo es sich nicht um eigentlichen Streik oder Aussperrung, sondern zum Beispiel um passive Resistenz oder um Sperre, die von Gewerkschaften über einen Betrieb verhängt wird, handelt. Namentlich im letzteren Fall entstehen für unterstellte Arbeitslose gewissenhaftige Konflikte. Der Zweck einer Sperre ist ja der, von einem Betrieb allen Zugang fernzuhalten, ohne daß in ihm bereits Beschäftigte zur Niederlegung der Arbeit veranlaßt werden. In diesem Fall ist nach dem Standpunkte des Reichsarbeitsministers der Arbeitsnachweis trotzdem zur Vermittlung berechtigt und verpflichtet und der unterstellte Arbeitslose ebenfalls verpflichtet, angebotene Arbeit in einem gesperrten Betrieb anzunehmen. Weigert er sich, um die von der Gewerkschaft verhängte Sperre nicht zu sabotieren, so wird ihm die Unterstützung entzogen. Solange dieser Rechtszustand besteht, ist es darum Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, im Interesse des von ihr geführten Kampfes die auf diese Weise um ihre Unterstützung Gebrachten nach Möglichkeit zu entschädigen.

Das Bauprogramm 1927 in Gefahr!

Vor zwei Jahren versuchte der Herr Reichsarbeitsminister durch Aufnahme ausländischer Anleihen für den Baumarkt die Bauaktivität zu fördern, vor allem, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und um der katastrophalen Wohnungsnot und dem damit verbundenen sozialen Elend ein Ende zu bereiten. Im Reichstag wurden dem Reichsarbeitsminister die Vollmachten zur Einholung des Auslandskredites von den Vertretern des deutschen Baukapitals, den bürgerlichen Parteien, entzogen, so daß sich das Jahr 1926 geradezu katastrophal für den Baumarkt sowie auch für den Wohnungsmarkt auswirkte.

Ähnliche Erscheinungen sieht man auch in diesem Baujahr wieder auftauchen. Obgleich der Reichstag ein großzügiges Wohnungsbauprogramm für 1927 beschlossen hat, versucht man mit allen möglichen Winkeln, demselben hinderlich in den Weg zu treten. Die Baustoff erzeugende Industrie hatte kaum Lunte von den Aussichten eines günstigen Baujahres bekommen, als mit allen Mitteln sofort Preisverhöhungen für die Baumaterialien durchgeführt wurden. Das dabei der böse Arbeiter mit seiner Lohnerhöhung daran schuld sei, war wieder einmal die billigste Lüge. Hätte man die infolge der ungeheuren Teuerung vorgenommene Lohnerhöhung in Wirklichkeit nur auf die Baumaterialien geschlagen, so wäre kaum eine fühlbare Verteuerung der Baukosten eingetreten. Durch die vorgenommene Verteuerung der Materialien wurden selbstverständlich die diesjährigen Baukalkulationen der gemeinnützigen Bauvereinigungen, sowie die der Behörden stark erschüttert, und geht man nicht mehr mit dem richtigen Vertrauen an die Ausführungen von geplanten Bauvorhaben heran. Interessant sind ohne Zweifel folgende Zahlen über Preisbildung der deutschen Baustoffindustrie seit dem Jahre 1914. Die Großhandelspreise veränderten sich in bestimmten Ferminen wie folgt:

Die Baustoffgroßhandelspreise waren im letzten Monat folgenden Veränderungen unterworfen:

| | Juli 1914 | Jan. 1927 | April 1927 | Juni 1927 |
|------------------------------|-----------|-----------|------------|-----------|
| 1000 Mauersteine Berlin | 18,50 | 42,- | 45,- | 47,55 |
| Hydraulischer Kalk | 1,- | 1,30 | 1,30 | 1,75 |
| Zement | 3,11 | 4,73 | 4,73 | 4,93 |
| Baugips | 1,45 | 1,27 | 1,27 | 1,48 |
| Glas | 1,50 | 2,45 | 2,45 | 2,56 |
| Schieferische Kiesel, Nibel- | | | | |
| Schwänze | 45,45 | 73,- | 73,- | 74,- |
| Rautholz | 38,- | 47,- | 55,- | 60,- |
| Schalbretter | —,60 | —,90 | 1,- | 1,06 |

Obwohl man doch bei uns wirklich nicht von einer außerordentlichen Baunotlage sprechen kann, und die Preise ganz außerordentlich gestiegen, schon vor Monaten, als das Preisproblem für Baumaterialien in der Öffentlichkeit stark erörtert

wurde, drohten verschiedene Behörden mit Maßnahmen gegen den öffentlichen Preiswucher der Baustoffproduzenten. Diese Maßnahmen, die man unternehmen wollte, sind ausgeblieben. Es waren nur leere Worte. Die Baustoffproduzenten füllen mit Hilfe von Kartellen und Preisvereinigungen weiter ihre Taschen zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft, vor allen Dingen aber zum Schaden der deutschen Arbeiterklasse und zum Schaden der deutschen Volksgesundheit.

Aber nicht nur die Baustoffverteuerung erschüttert stark das Bauprogramm des Jahres 1927, sondern auch andere Vorgänge. Städte wie Berlin, die zur Durchführung großzügiger Bauvorhaben und zur Beschaffung von Arbeit und Wohnungen mit ausländischen Kapitalkonzernen vor Abschließen von unzulässiger Bedingung standen, mußten durch den Nachdruck der vorgehenden Behörden, in dem Falle dem preussischen Wohlfahrtsministerium, von ihren Plänen zurücktreten. 15 000 Wohnungen gehen deshalb vorläufig der Stadt Berlin verloren. 5000 davon sollten in diesem Jahre schon fertiggestellt werden. Wieviel Arbeiter hätten damit Beschäftigung, wieviel Obdachlose Wohnung finden können? Erstmalig dabei ist, daß es der Parteifreund des Reichsarbeitsministers ist, der das Wohnungsbauproblem der Stadt Berlin mit allen Argumentationen bekämpft. Nach dem Städte- und Baukongress festgestellt hatten, daß das geplante Bauvorhaben ohne staatliche Mißzinssteuer durchgeführt werden sollte, mußte man keinen anderen Ausweg, als daß man nun sagte, das in Frage kommende Gelände wird für einen späteren großen Bahnhofsneubau benötigt.

Mandmal mag es gut sein, wenn von Seiten der Behörden das Einbringen von ausländischem Kapital überwacht wird. Im vorliegenden Falle war es bestimmt ein starkes Stück Bürokratismus. Nehuliche Vorgänge, wie in Berlin, zeigen sich leider auch im Januar 1927 in verschiedenen anderen Großstädten Deutschlands. Reicht man nicht bald von der allzu scharfen Bauüberwachungspraxis ab, dann werden die vom Reichstag im Wohnungsbeschaffungsprogramm festgelegten Wohnungsbaupläne mit Errichtung von 250 000 Wohnungen sicher nicht in Erfüllung gehen und zum kommenden Winter wird der augenblicklich günstige Stand in der Arbeitslosigkeit wieder stark insanken kommen.

Was nützt es, wenn immer geschrieben und verlangt wird: Licht, Luft, Sonne und die Errichtung von Sport- und Spielplätzen, wenn auf der anderen Seite durch den Mangel an Wohnungen oder ungenügenden Aufenthaltsräumen die günstigen Einwirkungen des Ansehens im Freien bei Sport und Spiel wieder vernichtet werden. Alle Gesundheitsfürsorge der Behörden muß erfolglos bleiben, wenn das Wohnungsproblem fortbesteht. Erste Pflicht ist es deshalb, immer wieder von allen Kreisen dafür Sorge zu tragen, daß die geforderten Beschlässe in Frage des Wohnungsbaues auch zur Tat werden müssen.

Der Keramikische Bund, der die Interessen der Baustoff erzeugenden Arbeiter wahrzunehmen hat, sieht mit Besorgnis sich die Entwicklung auf dem Baustoffmarkt des Jahres 1927 an. Er wird, soweit es in seinen Kräften steht, versuchen, auf die Behörden mitanzuwirken, daß den berechtigten Wünschen der arbeitenden Masse in Frage des Wohnungsbaues und der dadurch bedingten Arbeitsbeschaffung endlich Rechnung getragen wird.

M. S.

Die Internationale der Glasarbeiter.

Von E. Girbig.

I.

Der Internationale Glasarbeiterkongress wird am 10. bis 13. August 1927 nach Paris einberufen und findet im Sozialmuseum („Muséum Social, 5 rue Las Cases“) statt. Die Tagung beginnt früh 9 Uhr. Bereits am 8. und 9. August tritt das Internationale Exekutivkomitee zusammen, um in den zwei Tagen die Vorbereitungen zum Kongress zu treffen. Eine reichhaltige Tagesordnung liegt dem Kongress zur Beratung vor und überall erwarten die Kollegen vom Kongress einen positiven Erfolg. Die Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung des Kongresses, Wahl der verschiedenen Kommissuren.
2. Bericht des Sekretärs, Finanzbericht, Bericht der Prüfungs-Kommission.
3. Verschmelzungsfrage.
4. Regelung der Beiträge aus dem Budget.
5. Verzeichnisse.
6. Arbeitsbedingungen:
 - a) Arbeitszeit;
 - b) Hygiene und Sauberkeit bei der Arbeit;
 - c) Unterdrückung des Alkohols mit dem Wunde.
7. Industrielle Konzentration und Regulierung der Produktion.
8. Auswanderung, Regulierung der Auswandererhilfe.
9. Internationale Tätigkeit für geistlichen Schutz.
10. Wahl des Exekutivkomitees, des Sekretärs und des Sitzes des Sekretärs.

Die erste Frage ist zum Teil rein geschäftsmäßig, jedoch wird beim 2. Punkt eine lebhafteste Diskussion einsehen. Unser internationaler Sekretär wird sicher alles zur Ausdehnung unserer internationalen Bewegung eingesetzt haben und arbeitet daran, für die Kollegen der einzelnen Länder das Arbeitsverhältnis entschärfen zu gestalten. Zeigen sich in dieser Frage große Schwierigkeiten, so werden diese in der internationalen Bewegung noch größer, weil der Weg der Verständigung durch die Schlichtungsinstanzen erhöht wird. Nur langsam ist vorwärts zu kommen, und alles Stürmen und Drängen bleibt bedeutungslos. Die internationale Bewegung der Glasarbeiter hat in ihren Anfängen mehr denn 40 Jahre zurück, die Gedankenreife, eine internationale Verbindung zu schaffen, finden ihren Ursprung in dem rücksichtslosen Vorgehen der Industriellen gegenüber anderen Kollegen und gegenüber der internationalen Verständigung, die des Kapital aller Länder nicht nur in handelspolitischer Hinsicht suchte, sondern auch die Unterdrückungswahrscheinlichkeit waren überall die gleichen. Es wurden alle in Jahre 1901 nach dem leider verlorenen Kongress in Wien, an dem rund 450 Arbeiter beteiligt waren, über 100 Glasarbeiter entsendet, und es gelang ihnen nicht, Arbeit in ihrem Vaterland zu erhalten. Die Unterdrückungswahrscheinlichkeit der Glasindustrie in anderen Ländern, die die Industriellen auch in anderen Industriebereichen sein Unterdrückung suchen und ein nicht nachlässiger Teil unserer Aufgabe bei der Arbeit der Arbeiterklasse ist.

Die erste Frage über die internationale Verständigung, die bereits im Jahre 1901 in London ein Kongress der europäischen Glasarbeiter hatte, auf dem eine internationale Glasarbeiter-Union gegründet wurde. Dieser Kongress hatte nachfolgende Tagesordnung:

1. Die Glasarbeiter aller Länder müssen in einem brüderlichen Bande vereint werden, um eine Hilfe zur Erreichung von Verbesserungen zu finden, die ein gemeinschaftliches Interesse haben.
2. Die zu leitenden Beziehungen der Vereine, die die Kollegen haben, sollen freundschaftlich sein und werden dem Wohlfahrt und den Umständen der betreffenden Vereine überlassen.
3. Gründung einer internationalen Kommission zwischen den beteiligten Ländern, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, so daß die Arbeiter in einem Lande gleich berücksichtigt werden können wie die Arbeiter in anderen Ländern. In anderen Ländern und die Kollegen, die in einem Verein bestehen, sollen auch von dem internationalen Interesse nach, was einen Lande behandelt werden können.

Wenig, vorläufig nur das Aussprechen eines Gedankens, der auch in vielen andern Ländern bestand, leider nicht zum Durchbruch kam.

Auf dem internationalen Arbeiterkongress, der im Jahre 1889 in Paris stattfand, war auch die deutsche Glasarbeiterklasse durch einen Delegierten vertreten, der in seinem statistischen Bericht sagt, daß in Deutschland rund 50 000 Glasarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt werden. Ueber die Arbeitszeit sagt der Delegierte, sie betrage in den Hohlglasbläsen zehn bis zwölf Stunden täglich, in den Hohlglasbläsen zehn bis zwölf Stunden. Gewiß eine unmennechlich lange Arbeitszeit und es muß anerkannt werden, daß die Gewerkschaften in dieser Frage bahnbrechend gewirkt haben. Recht tröstlos waren die Angaben anderer Kollegen über den Verdienst der Glasarbeiter und die sanitären Einrichtungen der Betriebe. Der Kongress forderte: 1. Die achtstündige Arbeitszeit; 2. Verbot der Nachtarbeit an den Wannenöfen; 3. Verbot der Sonntagsarbeit; 4. Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren; 5. Verbot der Frauenarbeit an den Glasöfen.

Alle diese Forderungen sind durchaus berechtigt und heute würde kein Mensch darum streiten. Wenn auch die Nachtarbeit an den Wannenöfen nicht ganz eingeschränkt ist, so ist sie doch auf ein bestimmtes Maß eingezwängt.

Bereits am 2. bis 12. Juni 1891 fand der 2. internationale Glasarbeiterkongress in London statt, auf dem die Kollegen von England, Irland, Schottland, Deutschland, Frankreich und Dänemark vertreten waren. Insgesamt waren 19 Kollegen erschienen, und Deutschland war durch zwei Delegierte vertreten. Ein weiterer Kongress fand in der Zeit vom 5. bis 8. Juli 1891 abermals in London statt, auf dem 25 Kollegen vertreten waren, und Deutschland hatte drei Vertreter entsandt. Die auf diesem Kongress gefassten Beschlüsse liefen darob hinaus, daß die technische Entwicklung der Glasindustrie und der daraus entspringende Konkurrenzkampf der Industriellen mit seinen Folgen die nachteiligsten Wirkungen für die Arbeiterklasse zeitigte. In planloser Produktionsform wurde die Arbeitskraft in Tag- und Nachtarbeit, in Sonntags- und Leberstundenarbeit ausgenutzt, während ein anderer Teil der Arbeiter überhaupt keine Arbeit erhielt. Gefordert wurde die achtundvierzigstündige Arbeitswoche. Außerdem wurde verlangt, daß in jedem Land ein internationaler Vertrauensmann zu wählen sei, der die internationale Verständigung herbeiführen habe.

In der Zeit vom 3. bis 6. Juli 1893 fand in London ein weiterer Glasarbeiterkongress statt, und noch im gleichen Jahr, vom 3. bis 9. August, fand ein zweiter Kongress in Zürich statt. Auf dem Kongress in London war Deutschland nicht vertreten, während in Zürich die Delegation durch Deutschland ausgebaut wurde. Zum ersten Male wurde in Zürich die Ferienfrage behandelt. Aber auch Fragen von hoher internationaler Bedeutung standen zur Erörterung; so wurde ausgesprochen, daß die Arbeiter die Produktionsverhältnisse in allen Ländern kennen müssen, um Einfluß auf unsere weltwirtschaftlichen Beziehungen zur Geltung zu bringen. Eine Kontrolle der Warenpreise müsse zu erhalten versucht werden und ebenso müsse die Ein- und Ausfuhr aller Länder festgestellt werden.

Ein großes Anzeichen der internationalen Bewegung macht sich in der späteren Zeit geltend. In den Tagen vom 2. bis 5. Juli 1894 fand die Glasarbeiter auf dem internationalen Kongress in Paris vereinigt. Die städtische Zahl von 69 Delegierten wurde aus den einzelnen Ländern entsandt. Zwei Jahre später ist die Glasarbeiterinternationale wieder in London versammelt, und zwar in der Zeit vom 2. bis 6. August 1896. Dieser internationale Glasarbeiterkongress schloß die Richtlinien, auf denen die Internationale aufgebaut werden sollte und nach denen in allen Ländern zu handeln ist. In hervorragen-der Weise beschäftigte sich dieser Kongress mit der Streikunterstützung. Bei größeren Streiks, die über die Kräfte einer einzelnen Nation hinausgehen, soll mit der Internationale eine Verständigung gefunden werden über die Unterstützungsregelung.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, heute an diesen Beschlüssen Kritik zu üben; ausgesprochen wollen wir aber, daß wir uns in der gesamten Gewerkschaftsbewegung von diesen Beschlüssen entfernt haben und der Auffassung sind, daß die einzelnen Gewerkschaften der Länder die Aufgabe haben, jede Unterstützung selbst zu regeln und nur in ganz besonders gelagerten Fällen eine allgemeine nationale und nur in letzter Linie eine internationale Streikunterstützung bei großen Streiks in Betracht kommen lassen.

Der nächste internationale Glasarbeiterkongress fand in den Tagen vom 17. bis 21. September 1898 in Berlin statt. Betreten waren Belgien, Dänemark, Deutschland, England und Österreich. Der Kongress befaßte sich in ausführlicher Form mit der Festsetzung von Mindestlöhnen und ist diese Forderung nie aus dem internationalen Programm verschwunden und jetzt auch in fast allen deutschen Tarifverträgen zur Durchführung gekommen. — Die Einführung des Achtstundentages spielte gleichfalls eine bedeutende Rolle, denn die Kollegen von England, daß ihre Glasindustrie zugrunde gebe, wenn in anderen Ländern noch über zehn Stunden gearbeitet würde, konnten vom Kongress nicht unbeachtet bleiben. Ganz selbstverständlich war es aber auch, daß alle Vertreter die Einführung des Achtstundentages aus gesundheitlichen und sozialen Rücksichten für unbedingt erforderlich hielten.

Auch der nächste internationale Kongress fand wieder in Deutschland, und zwar in Hannover in der Zeit vom 25. bis 28. August 1901, statt. Dieser Kongress stand unter dem Einfluß des damals ausgebrochenen großen Streiks der Flaschenmacher. Die anwesenden ausländischen Delegierten, besonders die Kollegen aus England, stellten sich einmütig hinter die Streikanten, versprachen nicht nur Sympathie, sondern auch weitgehende finanzielle Unterstützung. Der Streik ging leider verloren. Denn kann es nicht unsere Aufgabe sein, darüber zu diskutieren. — Die Auswanderungsfrage sowie nationaler und internationaler Arbeitsnachweis stand gleichfalls zur Beratung. — Die deutsche Delegation der deutschen Glasindustrie trafen sich in nicht unbedenklicher Zahl der deutschen Kollegen, die nach dem Ausbruch zu wandern. Man blieb mit den Industriellen des Auslandes nicht zurück, denn gegebene Versprechungen wurden nicht gehalten und die nationalen Organisationen anderer Länder von den aus- gewanderten Kollegen in Anspruch genommen, ohne daß diese eine Gegenleistung gebührt werden wären. Eine Regelung des Arbeitsnachweises mußte angeordnet und durchgeführt werden, wenn nicht weitere Schädigungen der Kollegen herbeigeführt werden sollten, die die Absicht hatten, Arbeit im Ausland zu suchen. Eine Verständigung wurde auch gefunden, und es darf ausgesprochen werden, daß der planlose Wanderung Einhalt geboten und manch Unglück durch diesen Beschluß verhütet wurde.

Streik bei der Firma Witschel in Penzig.

Der Streik bei der Penziger Kristallglasbläserei G. m. b. H. Inhaber Max Witschel in Penzig, dauert fort. Der Glasbläser R. Daniel wurde zum Streikbrecher. Daniel war früher selbst Schleifereiarbeiter und glaubt jetzt ein Recht zu haben, anderen kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Er hat uns gewiß, daß nach dem günstigen Abbruch des Streiks Daniel über die ihm gebührende Bezahlung haben dürfte. Der Firma gelang es, zwei weitere junge Arbeiter zu gewinnen, die aber die Arbeit sofort einstellten, als sie herauszufinden gemacht wurden, daß bei der Firma Witschel in Penzig gestreikt wird und kein Arbeiter das Recht hat, unter dem Streik stehenden Kollegen in den Rücken zu fallen.

Die Firma Witschel hat nur einen kleinen Betrieb. Die Schwerkraftwerke waren bisher immer trübselig, aber die Kollegen hofften, daß es ihnen gelingen würde, die Firma zu bewegen, daß Verbesserungen durchgeführt werden müssen. Wohl in keinem zweiten Betrieb haben die Kollegen eine so ungebührliche Geduld gezeigt wie die Kollegen bei der Firma Witschel. Der Firma wurde nicht nur die Zeit gegeben, der Arbeiterklasse nach und nach ein Entgegenkommen zu zeigen, sondern auch die Verhandlungen wurden immer und immer wieder aufgenommen, um der Firma die Zahlung der überall gezahlten Lohnsätze zu ermöglichen. Dagegen hat die Firma nicht nur rücksichtslos gehandelt, sondern uns auch zum Schluß ganz abgewiesen.

In familiärer Beziehung läßt der Betrieb gleichfalls alles zu wünschen übrig. Die Firma hat nicht im geringsten dafür gesorgt, daß der Betrieb regelmäßig gereinigt wird und unterläßt es, Einrichtungen zu schaffen, die Leben und Gesundheit der Arbeiter nur einigermaßen sicherstellen. Herr Witschel mit seinem Sohn bilden keine Emporkömmlinge, die da glauben, daß sie mit der so fleißigen und intelligenten Arbeiterklasse alles machen können. Also oft hat die Arbeiterklasse gebeten, nicht nur die Löhne aufzubessern und den Betrieb so zu ordnen, daß die Arbeiter ihre Gesundheit nicht in jungen Jahren verlieren. Immer und immer wieder Abweilung. Der Kampf war das letzte Mittel, und so erwarteten die Kristallglasbläser in Penzig, daß die Firma Witschel Kristallglasbläserei Max Witschel gemieden wird, bis sie durch die Organisation gezwungen wird, die Forderungen als das Minimum anzuerkennen. — Dringend müssen wir deshalb bitten, nicht nur die Firma Witschel zu melden, sondern Penzig überhaupt; denn gelingt es dieser Firma, die geringen Löhne weiter beizubehalten, werden auch andere Firmen daraus ihren Schluß ziehen. Der Keramikische Bund im Fabrikarbeiterverband wird stark genug sein, so kleinen Betriebsrößen zu zeigen, daß die in anderen Betrieben gezahlten Löhne auch von der Firma Witschel gezahlt werden müssen.

Schlichtung von Streitigkeiten.

Mit Wirkung vom 14. Juli 1927 wurde zum Reichsmanteltarif für die Verlagsindustrie in Ausfühung des § 13 folgendes zwischen den Parteien vereinbart:

1. Für Streitigkeiten, die aus der Auslegung und Anwendung des Reichsmanteltarifvertrages und der Bezirkslohnstufen entstehen, werden tarifliche Schlichtungsgerichte gebildet, die als tarifliche Schlichtungsinstanzen im Sinne des § 91 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 23. Dezember 1926 zu gelten haben, d. h. die also unter Ausschluß der Arbeitsgerichtsbarkeit entscheiden.
- Die Zuständigkeit der Tarifschlichtungsgerichte erstreckt sich nicht auf Einzelstreitigkeiten zwischen einzelnen Arbeitnehmern einerseits und dem einzelnen Arbeitgeber andererseits, sofern diese Streitigkeiten keinen höheren Streitwert als 10 M. in der Woche haben und keine grundsätzlichen Fragen des Reichsmanteltarifvertrages und der Bezirkslohnstufen betreffen.
- Die Anrufung der Tarifschlichtungsgerichte ist erst zulässig, wenn innerhalb von 6 Arbeitstagen vergeblich versucht worden ist, unter Zuziehung von Organisationsvertretern die Streitigkeiten im Vertriebe beizulegen.
- Für den Bezirk jeder Gruppe des S. d. G. wird ein Tarifschlichtungsgericht gebildet, bestehend aus je 2 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern und einem unparteiischen Vorsitzenden, den die bezürlichen Tarifparteien wählen. Sollten sie sich über die Person des Unparteiischen nicht einigen, so wird er durch den hauptsächlich in Betracht kommenden Schlichter bestellt.
- Berner wird ein Oberschiedsgericht mit dem Sitz in Berlin gebildet. Es besteht aus je 3 Beisitzern auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und einem unparteiischen Vorsitzenden, den die zentralen Tarifparteien wählen. Sollten sich die Parteien über die Person des Unparteiischen nicht einigen, so wird er durch das Reichsarbeitsministerium bestellt.

Das Oberschiedsgericht ist zuständig:

- a) zur Entscheidung grundsätzlicher Streitfragen aus dem Reichsmanteltarifvertrage in erster Instanz, sofern die Tarifparteien gemeinschaftlich einen dahingehenden Antrag stellen;
 - b) als Berufungsinstanz gegenüber Entscheidungen der Bezirkschiedsgerichte, welche die grundsätzliche Anwendung oder Auslegung von Bestimmungen des Reichsmanteltarifvertrages betreffen, oder deren zusammengefügter Streitwert den Betrag von 300 M. übersteigt. Die Berufung kann nur mit Zustimmung einer am Tarifvertrage beteiligten zentralen Organisation und nur durch diese eingeleitet werden. Die Berufungsfrist beträgt 11 Tage ab Zustellung der Entscheidung des Bezirkschiedsgerichts. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung.
- Die Verhandlung vor den Bezirkschiedsgerichten und dem Oberschiedsgericht muß innerhalb von je 14 Tagen stattfinden nach Eingang der Klage bzw. Berufung beim Vorsitzenden.

Die Entscheidungen der Bezirkschiedsgerichte, soweit eine Berufung nicht eingeleitet wird, und des Oberschiedsgerichts sind endgültig.

Von den durch die Tätigkeit der Schlichtungsgerichte entstehenden Kosten trägt jede Partei ihre Kosten selbst, einschließlich derjenigen für ihre Beisitzer, Zeugen und Sachverständigen, im übrigen je die Hälfte.

Ueber das Tragen der durch Teilnahme von Mitgliedern der gesetzlichen Betriebsvertretung entstehenden Kosten entscheidet das Schlichtungsgericht im Einzelfalle.

Eine Jubiläumsfeier.

Am Sonnabend, den 25. und Sonntag, den 26. Juni, feierte der Gesangverein der Glasfabrik Siemens in Dresden sein fünfzigjähriges Bestehen. Wenn auch in der heutigen bewerteten Zeit 50 Jahre eine nur kurze Zeitperiode bedeuten, war für die Kollegen der Glasfabrik Siemens in Dresden doch reichlich Anlaß vorhanden, diesen Geburtstag festlich zu begehen. Die zumwärtigen Kollegen, und insbesondere diejenigen, die in früheren Jahren bei der Firma Siemens in Dresden beschäftigt waren, werden sich sicherlich wundern, daß diesem Gedächtnis an dieser Stelle Erwähnung getan wird. Ob es hoch eine Zeit, in welcher das freie Lied im genannten Gesangverein und auch das freie Wort bei der Firma Siemens in Dresden keine rechte Stätte finden konnten, die Gesangsbrüder infolge dieser Tatsache auch die enge Kluftung mit der organisierten Kollegschaft zum größten Teil verloren hatten. Wenn wir trotzdem an dieser Stelle der Jubiläumsfeier einige Worte widmen, so nur aus dem Grunde, weil nicht nur der Gesangverein der Glasfabrik Siemens in Dresden als solcher eine historische Bedeutung hat, sondern auch deshalb, weil Dresden für die gesamte Glasarbeiterbewegung in Deutschland bis heute ein Zentrum ist, und die Gründung des Gesangvereins mit dem Entstehen und der Entwicklung der Glasarbeiterbewegung eng verknüpft ist.

Es war im Jahre 1877, als einige von den zur damaligen Zeit bei der Firma Siemens beschäftigten Glasmachern zu dem Entschluß kamen, einen Gesangverein zu gründen. Schon damals machten sich scharfe Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit bemerkbar, und glaubten sicherlich die Gründer des Vereins, hiermit eine geeignete Plattform für die Entwicklung der Organisation zu schaffen, sowie in einigen Stunden der Woche im geistigen Zusammensein, aller Sorgen vergessend, sich dem Gesang des freien Liedes zu widmen, um neue Kräfte, Mut und Ausdauer für den Kampf um neue Rechte zu schöpfen. Schon im Jahre 1877 waren die Gründer des Vereins Mitglieder des damaligen Glasarbeiterbundes. Der Kollege Theobald Köhler

der nachmalige Glasarbeiterführer in England, unser unvergesslicher Kollege Georg Horn, der eigentliche Gründer unseres Zentralverbandes der Glasarbeiter, der Kollege Carl, unser alter treuer Kollege Franz Köhl und andere mehr, waren die Mitbegründer des Gesangsvereins der Glasfabrik Siemens in Dresden. Vom Jahre 1877 ab erlöhnte das freie Lied der Sangesbrüder im Floragarten in Dresden. 1884 machte sich bereits ein Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar. 1886 kam es aus den gleichen Ursachen zu einer großen Auseinandersetzung zwischen der Firma und den Glasmachern. Dieser Kampf konnte mit Erfolg nicht beendet werden und konnte sich von diesem Zeitpunkt an das freie Lied nicht mehr durchsetzen. Der damalige Direktor der Glasfabrik Siemens in Dresden, Herr Liebig, führte im Betriebe ein sehr strenges Regiment. Freie Sängere und Verbandsmitglieder wurden nicht mehr geduldet. Es begann eine sehr schwere Zeit für die Glasarbeiter bei der Firma Siemens. Groß sind die Opfer, die im Kampf um die Vertretung der Arbeiterrechte gebracht werden mußten. Trotzdem aber war der Organisationsgedanke unter den Kollegen nicht gänzlich ausgerottet; unter Einwirkung der größten Willenskraft, Mut und Ausdauer für die gute Sache der Glasarbeiter, kreierte sich der Organisationsgedanke und die Organisation unter den Kollegen immer weiter aus. Der Leidensweg um die Erlösung der Organisationsfreiheit der Glasarbeiter ist angedeutet im Buch unseres Kollegen Horn „Die Geschichte der Glasindustrie und ihrer Arbeiter“.

Der Großkampf der Flaschenmacher in Deutschland im Jahre 1901 ist den älteren Kollegen noch in aller Erinnerung. In diesem Kampf waren wiederum die Kollegen der Glasfabrik in Dresden stark beteiligt. Heute noch arbeiten eine Anzahl guter und braver Kollegen in Dresden bei der Firma Siemens, die die ganze Zeit an Kämpfen, von den siebziger Jahren an gerechnet, miterlebt haben und daran sich beteiligten. Trotzdem sie für ihre Überzeugung den Dresdener Hüttenstau von den Kantoffeln schütteln mußten und jahrelang im Exil den Kampf ums Dasein aufnahmen, wurde ihnen doch später der Weg zur Rückkehr geebnet. Mexiko, London, Australien und andere überseeische Länder waren die Zufluchtsstätten der gemahregelten deutschen Flaschenmacher. Wenn auch nicht alle an der Gründung des Gesangsvereins mitwirkten, so haben auch diese Kollegen in der Glasarbeiterbewegung ihren ganzen Mann gestellt und ihre Pflicht opferbereit erfüllt.

Der alte Vater Bauer in Dresden ist ein sprechendes Beispiel für Organisationsfreud und Fähigkeit im Kampf für Freiheit und Recht. Nach dem großen Generalstreik im Jahre 1901 begann eine neue Leidenszeit für die Flaschenmacher, und konnte auch damals das freie Lied im Gesangsverein keine Stätte finden. Von der Direktion des Siemenswerkes wurde der Verein in noch stärkerer Weise dazu benützt, um die notwendige Einigkeit der Glasarbeiter zu verhindern, getreu dem Grundsatz: Teile und herrsche.

Nach Beendigung des Weltkrieges mußte sich die Firma Siemens auch damit abfinden, daß die gewerkschaftliche Organisation anerkannt wurde. Die Mitglieder des Hüttenengesangsvereins schlossen sich der Bewegung an und konnten nunmehr dem freien Lied eine Stätte bereiten. Das Bestreben der Sangesbrüder ging nun dahin, sich auch im Gesangsverein frei zu fühlen und die gefälligen Zusammenkünfte der Kollegen zu verschönern. Ausgehend von dem Grundsatz: „Immer strebe dem Ganzen zu“ wurde der Anschluß des Hüttenengesangsvereins an eine größere Sangesgemeinschaft gesucht. Die nach dieser Richtung hin verfolgten Bestrebungen hatten vollen Erfolg; heute gehört der Gesangsverein der Glasfabrik Siemens seit einem Jahre der „Freien Chorvereinigung“ in Dresden-Lößtau an und ist somit zu einem würdigen Gliede des großen Deutschen Arbeiterjüngerbundes geworden. Nach langen Irrungen ist der Verein heute das geworden, was seine Gründer erstrebten: ein Glied in der großen Kette der Arbeiterbewegung.

Aus der Festveranstaltung war denn auch zu ersehen, daß weite Kreise der Arbeiterchaft diesem Gedenktage eine große Bedeutung entgegenbrachten. Als Mitwirkende waren bei dieser Jubiläumsfeier zugegen: Freier Männer- und Frauenchor Dresden-Gotta, Arbeitergesangsverein Striesen, Vereinigte Sängere Chorbiß, Frauen- und Männerchor Gittersee, Chorvereinigung Lößtau und der Arbeiter-Turn- und Sportbund Lößtau, die gesangliche Darbietungen, zum Teil im Massenchor, und turnerische Vorführungen darboten.

Die Firma Siemens hatte es sich aber auch nicht nehmen lassen, an dieser Jubiläumsfeier teilzunehmen und waren deren Vertreter an beiden Festtagen mit zugegen. Wenn auch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, und hier unterscheiden wir nicht zwischen geistiger und körperlicher Betätigung im Produktionsprozeß, sich nicht gegenüber früheren Jahren gemildert haben und in noch schärferen Formen in der heutigen Zeit auftreten, muß es doch als ein Fortschritt in kultureller Hinsicht bezeichnet werden, wenn die gegenwärtige Generaldirektion sich dem neuen Zeitgeist anpaßt und bestrebt ist, der Betätigung der Arbeiterchaft im Gesang des freien Liedes und der freien Betätigung in der Organisation keine Schwierigkeiten zu bereiten. Wollen wir hoffen, daß sich auch diese bessere Erkenntnis in wirtschaftlichen Existenzfragen für die Arbeiterchaft recht bald in vollem Ausmaß fühlbar macht.

Den Kollegen der Firma Siemens rufen wir zu sich rücksichtslos der freien Arbeiterbewegung anzuschließen, damit das freie Lied und das freie Wort eine dauernde Stätte in ihren Reihen findet. Dem Arbeitergesangsverein der Glasfabrik Siemens wünschen wir als Glied des großen Deutschen Arbeiterjüngerbundes weiterhin den besten Erfolg.

Glashüttenwerk Liebau stillgelegt!

Wiederum liegen unsere Liebauer Kollegen auf der Straße, da der Betrieb am 2. Juni zur Stilllegung gekommen ist. Doppelt hart sind dieselben getroffen, weil ihnen schon des öfteren dieses Glück blühte und sie sich in der kurzen Zeit der Vollarbeit wirtschaftlich nicht von den Nachwirkungen der letzten langen Arbeitslosigkeit zu erholen vermochten. Die Stilllegung des Werkes ist von ganz besonderem Interesse für die Kollegen der Glasindustrie, gehörte doch gerade das Werk zu denjenigen, in welchem unsere Kollegen auf der niedrigsten Lohnstufe standen. Das Lohnniveau der Glasarbeiter der Gruppe 3 ist ebenhin nicht allzu reichlich hoch, Liebau stand aber auch hier an letzter Stelle. Die Betriebsleitung sah es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Löhne der Arbeiterchaft so niedrig wie möglich zu halten, denn hatte ein Akkordarbeiter einmal etwas über den dort üblichen Durchschnitt verdient, so konnte er sicher sein, daß die Schwere angeht wurde. Es ist beargwöhnlich, daß deshalb die Differenzen mit der Direktion kein Ende nahmen und tiefe Verbitterung in den Reihen der Kollegen herrschte.

Alle diese Maßnahmen hätten den Betrieb nicht retten. Unsere Kollegen sahen dies seit längerer Zeit kommen. Die dauernden großen Verluste durch schlechtes Glas können auch durch Akkordreduzierungen nicht wettgemacht werden. Auf dem Gebiet des schlechten Glases dürfte eine der Hauptursachen zu der Stilllegung liegen. Bei den Verhandlungen über die Frage der Abklärung der Sperrfrist wurde seitens der Direktion angegeben, daß die letzte Vorkühnung den Ausschlag für den Entschluß zur Stilllegung gegeben habe. Die Arbeiterchaft hätte darauf verzichten sollen, so wäre es noch eine Weile gegangen. Dies ist jedoch nicht geschehen. Die Arbeiter sollten bei den an sich schon sehr niedrigen Löhnen auf die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vereinbarten Zulagen verzichten! Vielleicht deshalb, daß der Schlenkrian, wie bisher, weiter geben

konnte. Eine derartige Zumutung mußte abgelehnt werden, weil damit all den von der Arbeiterchaft beklagten Zuständen nur Vorwand gegeben worden wäre.

Gerade die Vorgänge im Liebauer Werk zeigen mit aller Deutlichkeit, daß niedrige Löhne nicht einen Vorteil für den Betrieb darstellen, sondern im Gegenteil äußerst nachteilig wirken und auch die Arbeiterchaft in immer größerem Glend bringen. Infolge der Stilllegung des Betriebes in Liebau sind Arbeitsangebote nach dort zu unterlassen.

Bekanntmachungen.

In Dornbach in Thüringen befindet sich ein Arbeitsnachweis. Derselbe wird vom Kollegen Paul Elina verwaltet. Arbeitsuchende haben sich unbedingt an diese Adresse bei An geboten zu wenden.

In Hainzshütte im Bahr. Wals wird der Betrieb wieder eröffnet. Da noch arbeitslose Kollegen vorhanden sind, wird ersucht, Arbeitsangebote nach dort zu unterlassen.

Bezirksabteilung Zwickau. Haidemühl. Unsere Kollegen aus der Weisklasindustrie sind unterrichtet worden, in welcher Weise die Direktion der Haidemühl Glashütten vor nunmehr zirka anderthalb Jahren sich ihres Betriebes entledigte. Der Betrieb wurde nach Einholung der Genehmigung zur Stilllegung geschlossen, aber bereits nach zirka einer Woche wieder eröffnet, wobei fast der gesamte Betriebsrat nicht wieder eingestellt wurde. Bei den geführten Verhandlungen bestritt die Firma jede Maßregelung und versprach, alle Leute wieder einzustellen. Trotzdem nun zirka anderthalb Jahre vergangen sind, hat die Firma die Funktionäre zum Teil nicht wieder eingestellt. Im Gegenteil geht sie in letzter Zeit dazu über, Leute aus anderen Orten einzustellen, trotzdem die alten Funktionäre sich noch am Ort arbeitslos befinden. Seit langer Zeit scharbt ein Prozeß wegen Wiedereinstellung vor dem Landgericht. Ein unternommener Versuch, durch eine Einigung den Prozeß aus der Welt zu schaffen, hatte keinen Erfolg. Wir können nicht zusehen, daß unsere Kollegen in Haidemühl arbeitslos bleiben und Kollegen von auswärts eingestellt werden. Wir ersuchen hiermit, den Betrieb zu meiden.

Hausreißer. Als die Unternehmer beim letzten Kampf in der Porzellanindustrie schon so und so viel Betriebe ausgesperrt hatten, konnte man immer wieder aus Kollegentreifen die Frage hören: „Ob wir auch mit dran kommen?“ Die Organisierten stellten die Frage in der Hoffnung, daß die Aussperrung eintreffe. Weil sie nicht streifen durften, strengste Disziplin mußte gehalten werden, so wollten sie wenigstens als Aussperrte am Kampf beteiligt sein. „Wenn wir nur erst dranhin sind, herein kriegt uns so leicht keiner wieder“, so hörte man täglich sagen. Anders die Unorganisierten — wenn auch nicht samt und sonders, es hat auch da Ausnahmen gegeben. Diese glaubten nicht daran, daß man so wild sein würde und die Lohnflaven aufs Klavier werfen werde. Man zweifelte in diesen Kreisen an den Willen der Unternehmer. Aber die Kraftmeier als auch die Diplomaten im Unternehmerlager scheinen beide eingesehen zu haben, daß ihnen diese Hausreißer, ein paar Außenseiter unter den Facharbeitern und sonst ein paar Hofarbeiter, nicht viel nützen können. Deswegen prangte eines schönen Tages am schwarzen Brett die Ankündigung der Aussperrung. Nun waren auch die letzten noch Hoffenden geheilt, ein Raunen ging durch die Reihen der Unorganisierten und man fand den Weg zur Organisation. Aber auch die Funktionäre — sprich Heber — waren nicht müßig. Tag und Nacht waren sie unterwegs, um zu — gehen, und sie hatten Erfolg. Mander Kraftmeier, der vielleicht bei Forellen und Wein gefessen hat, würde sich gewundert haben, wie auf einmal seine „Schwarze Hande“ knallrot geworden ist. So manches Unternehmerherz hat in diesen Tagen auch tiefer geschlagen. Man konnte da allerlei erleben. Ein Herr hatte bloß noch einen Tag Zeit, als seine Belegschaft am zweiten Tag streikte; er sagte, er müsse nach Tirol verreisen, dabei war er bis heute noch nicht dort. So mancher dieser Herren hat auch einen Schwur getan, sich für diese Tage bitter zu rächen. Die Arbeiterchaft ist bereit, es soll nur einer anfangen, wir nehmen es mit jedem auf, mit Kraftmeiern und mit Diplomaten.

Unter Geschäftsgang.

In der Porzellan- und Steingutindustrie hat sich der Geschäftsgang in den letzten Monaten sehr günstig entwickelt. Das wird aus recht vielen Betrieben berichtet, daß ebenfalls mit Hochdruck gearbeitet wird, daß die Läger recht hart gelichtet und in vielen Betrieben sogar leer seien. An manchen Orten, besonders in Oberfranken, ist auf Grund dessen die Erwerbslosigkeit der Porzellanarbeiter erfreulicherweise recht stark zurückgegangen. In einer ganzen Reihe von Orten gibt es arbeitslose Porzellaner nicht mehr. Wenn wir unsere statistischen Anzeigerungen über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit arbeitsloseneu mit dem vergangenen Jahr vergleichen und die gleichen Monate in Betracht ziehen, so wird der Unterschied zwischen dem vergangenen und diesem Jahr recht augenfällig. In einer

kleinen Aufstellung wollen wir unseren Mitgliedern dieses einmal vorführen. Wir hatten im Jahre

| Jahr | Arbeitslose | Kurzarbeiter |
|---------|-------------|--------------|
| 1926 | | |
| Januar | 6307 | 17221 |
| Februar | 6360 | 14071 |
| März | 6306 | 16957 |
| April | 6396 | 10126 |
| Mai | 5433 | 7873 |
| Juni | 4846 | 7977 |
| 1927 | | |
| Januar | 8111 | 3343 |
| Februar | 2969 | 3126 |
| März | 2206 | 1620 |
| April | 2157 | 1725 |
| Mai | 2166 | 1877 |
| Juni | 1967 | 1492 |

Das ist bestimmt ein günstiges Zeichen, aus dem unsere Kollegen und Kolleginnen eine Lehre ziehen müssen, und zwar die, jetzt ist es an der Zeit, dafür zu sorgen, daß die tariflichen Bestimmungen in allen Fällen in die Tat umgesetzt werden. Unseren Verwaltungsräten, den Verbandsfunktionären und den Arbeiterräten erwächst die Pflicht, sich mit allem Nachdruck für Erfüllung unserer reichstarrifvertraglichen Bestimmungen einzusetzen. Es darf nirgends vorkommen, daß Mitglieder nicht in den vollen Genuß der vertraglichen Bestimmungen gelangen. Die Porzellanarbeiterchaft hat in diesem Frühjahr für die Erhöhung der Löhne, für die Verkürzung der Arbeitszeit und für einen den Porzellanarbeitern würdigen Urlaub einen großen Kampf geführt, dessen Ergebnis die tariflichen Bestimmungen sind. Schon einmal sagten wir, Kraft und Geld wäre nutzlos vertan und die Opfer, die die Porzellanarbeiter während des Kampfes haben bringen müssen, wären zwecklos gewesen, wenn man sich in den Betrieben nicht gehen ließe. Viel ist noch zu tun. Säumige Unternehmer sind auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Solche Unternehmer bedeuten eine Konkurrenz für diejenigen Betriebe, die den Vertrag loyal durchführen und den Betrieben sind wir schuldig, daß allerorts mindestens so wie bei ihnen die vertraglichen Bestimmungen erfüllt werden.

Kollegen und Kolleginnen, nützt die Zeit! Bringt eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Ordnung. Agitiert für den Verband.

Die Branche Porzellan hat in den vergangenen Monaten gute Fortschritte gemacht und die Mitgliederzahl bedeutend erhöht; aber auch der letzte Mann muß gewonnen werden.

Die Porzellan- und Steingutindustrie in Bayern.

Die Porzellan- und Steingutindustrie hat in Bayern in den letzten Jahren eine gewaltige Ausdehnung angenommen. Bayern wird jetzt die Führung vor allen Ländern innerhalb Deutschlands haben. Nach einer Aufstellung, die unsere Gauleitung im Juni d. J. gemacht hat, gibt es in Bayern

| Porzellanfabriken mit je | 1 Ofen | 2 Ofen |
|--------------------------|--------|--------|
| 7 | 1 | 2 |
| 13 | 2 | 3 |
| 10 | 3 | 4 |
| 15 | 4 | 5 |
| 2 | 5 | 6 |
| 12 | 6 | 7 |
| 3 | 7 | 8 |
| 9 | 8 | 9 |
| 2 | 9 | 11 |
| 4 | 11 | 14 |
| 2 | 14 | 15 |
| 2 | 15 | 19 |
| 1 | 19 | 39 |

Eine Porzellanfabrik mit einem Ofen befindet sich im Gau. Eine Porzellanfabrik mit einem Ofen und eine mit zwei Ofen liegen still.

Bei der obigen Aufstellung ist das Gebiet um Coburg und Sonneberg herum (das sogenannte Reubauern) nicht mitgerechnet.

Von der Thüringer Porzellanindustrie.

Die große Bedeutung der Porzellanindustrie für weite Gebietsteile Thüringens geht am besten aus der letzten Veranschaulichung hervor, deren Ergebnisse jetzt vom Thüringischen Statistischen Landesamt veröffentlicht werden. Danach sind im Freistaat Thüringen rund 2600 Personen in der Porzellanindustrie beschäftigt, und zwar 1500 Männer und 1100 Frauen. Der Familienanhang der Beschäftigten beläuft sich auf 7800 Ehefrauen und 14200 Kinder, also zusammen 22000 Angehörige. So ernährt die Porzellanindustrie 47000 Personen in unserem Lande. Die Statistik zählt dabei mehr als 1000 „Selbständige“, was aber darauf zurückzuführen ist, daß 582 Heimarbeiter (darunter 468 Frauen) mit als „Selbständige“ gelten. 319 sind Meister und Handwerksmeister, 143 Direktoren oder leitende Beamte. Die Zahl der kaufmännischen Angestellten ist entsprechend groß und beträgt 1325, darunter 261 weibliche. In Arbeitern sind rund 22000 in der Porzellanindustrie beschäftigt, darunter über 10000 besonders qualifizierte, wie Brenner, Dreher, Ferner, Heizer, Maler und Töpfer. Das weibliche Geschlecht ist auch hier besonders tätig, und zwar mit fast 3000 Personen. In der Hauptzahl in der Malerei: 2800 Männer und 1163 Frauen, Glaser 794 Männer, 976 Frauen, Formerei 500 Männer, 418 Frauen. Von 10000 anderen Arbeitern sind über die Hälfte, 5700, Frauen! Die Eigenart der Verhältnisse bringt es mit sich, daß die Porzellanindustrie meist in den Landkreisen ansäßig ist. Obenan steht Landkreis Sonneberg mit 3000 Beschäftigten (Stadt Sonneberg nur 218), dann Kreis Rudolstadt mit 3800 (davon allein Stadt Rudolstadt 1040), Kreis Stadtroda 3300 (dazu Gilsberg 740), Kreis Arnstadt 2550 (Stau: Jmenau 500), Kreis Saalfeld 2400, Ilmburghausen 1400 und Gera 1100 Beschäftigten.

Etwas aus der Zementfabrik Wetterau.

In den Betrieben, die innerhalb Deutschlands die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, gehört zweifellos die Zementfabrik Wetterau in Senarath a. M. Dort besteht die sehr- und zwölfstündige Arbeitszeit (teilweise sogar bis 36 Stunden hintereinander). Offiziell wird die Gewerbeaufsichtsbehörde bald mobilisiert. (W. Red.) bei Stundenlöhnen, die sich um 50 Pf., teilweise etwas darüber oder darunter, bewegen. Leider ist an diesen trostlosen Zuständen die Arbeiterchaft mit schuld, die sich aus lauter Dummheit vor der gestrengen Direktion gegenüber den vielfachen Agitationsversuchen in den letzten Jahren taub verhalten hat. War doch teilweise die Angst bei dieser Arbeiterchaft so groß, daß sie Unannehmlichkeiten seitens der Direktion befürchteten, wenn sie von unorganisierten Kollegen aus Nachstadt und Treunfurt aufgesucht wurden, um sie für den Verband zu gewinnen. Im Laufe dieses Frühjahres kam nun eine Wendung: eine Anzahl Kollegen konnten für den Peramischen Bund gewonnen werden. Die Organisationsleitung wurde auch beauftragt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, insbesondere das Zweifachsystem durch den Achtstundentag abzuschaffen und eine angemessene Lohnerböschung durchzuführen. Dies alles kam selbstverständlich auch der Direktion zur Kenntnis und es mußte ein Mittel gefunden werden, wie man die Arbeiterchaft vom Verband fernhält. Es wäre nach Ansicht der Zementgewaltigen von Senarath wirklich ein Skandal, wenn sich die Arbeiterchaft des Zementwerkes Wetterau vielleicht auch den Achtstundentag

und wenigstens die Löhne von Karstadt mit Hilfe des Keramischen Bundes erringen würde. Für solche Dinge hat die Zementfabrik Langfurt keine Mittel, wohl aber dafür, daß sie von einer rüchardigen Gemeindevorwaltung unter allerlei Erhöhungen einen Berg um 45 000 Mk. kauft, um dadurch die Errichtung einer weiteren Zementfabrik als Konkurrenz zu verhindern.

Am nun der weiteren Ausbreitung des Keramischen Bundes einen Riegel vorzuschieben, wurde am 24. Juni auf Veranlassung der Direktion von dem Betriebsratsvorsitzenden eine Versammlung in die Verfassantine einberufen, die auch von ungefähr zwei Drittel der Belegschaft besucht war. Zunächst gab es für jeden drei Glas Bier und einige Zigarren bzw. Zigaretten. Während der Versammlungsbefucher hat sich den Kopf zerbrochen, wer wohl dieser „edle Spenden“ sein möge und was er wohl für eine Veranlassung für eine so „hochherzige“ Spende habe. Sie sollten nicht lange auf die Antwort warten. Nachdem durch diese Spende und einige „vaterländische Lieder“ die gewünschte Stimmung vorhanden war, wurde den Versammlungsbefuchern gesagt, man wolle unter der Arbeiterschaft des Zementwerkes Wetteran einen Verein gründen. Zweck und Ziele des Vereins seien:

Die Geselligkeit unter der Arbeiterschaft zu pflegen, das gute Einvernehmen zwischen der Arbeiterschaft und der Direktion zu wahren und weiter zu fördern, die entstehenden Streitigkeiten über Löhne usw. mit der Direktion in harmonischer Weise zu schlichten, auch hier und da mal einen Ausflug zu machen oder ein Fest zu feiern, wozu die Antos der Firma unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Wenn irgendein Werksgeschäftiger „a p e r i c u l u e t“ in Not geraten sei, so könnte ihm auf Beschluß der Versammlung „nach Prüfung der Bedürftigkeit“ 100 Mk. aus der Vereinskasse bezahlt werden.

Damit der Verein seine obengestrichelten Aufgaben auch erfüllen könne, soll „Doreit“ ein Beitrag von 20 Pf. pro 14 Tage gemacht werden. Um nun das lästige Einkassieren dieser 20 Pf. zu ersparen, habe sich die Direktion bereit erklärt, diesen Beitrag gleich vom Lohn abzuziehen. Die Auflösung des Vereins könne nur mit Dreiermehrheit der Gesamtbelegschaft erfolgen. Um nun der Arbeiterschaft auch alle Mühe und Arbeit abzunehmen, war man so vorsorglich und hatte schon einige fertige Statuten besorgt, welche die obengenannten Aufgaben näher erläuterten. Ob die geistigen Drahtzieher dieses Werkwerkes nun Angst hatten, daß ein derartiger Statut vielleicht in „aberrante Hände“ kommen könnte oder ob man den einzelnen Zementproleten das mühselige Lesen eines Statuts abnehmen wollte, man hatte auch hier vorgesorgt. Dieses Statut wurde verlesen, die Anwesenden konnten dann auf einer Liste ihren Beitritt erklären und ihre Zustimmung zum Statut geben. Daß jeder Anwesende diese Liste unterschrieben hat, ist leicht erklärlich, denn die ganze Versammlung war schon darauf arrangiert, und für was hatte man diesen Zementproleten, die sich infolge ihrer übermäßig langen Arbeitszeit, verbunden mit unvollständig ungenügender Entlohnung, manchmal die ganze Woche kein einziges Glas Bier leisten können, diese drei Glas Bier und einige Zigaretten gegeben?

Nach einigen Tagen folgte die zweite Versammlung. Aber, o Schreck, es waren nur noch 30 Personen, gegenüber 140 in der ersten Versammlung, anwesend. Jedenfalls war den meisten jetzt ein Licht aufgegangen, wohin die Reise mit diesem Geselligkeitsverein, genannt gelber Werkverein, gehen soll. Unter diesen Umständen waren wohl die Tage abzuzählen, bis wann sich überhaupt niemand mehr um diesen Werkverein kümmert. Was blieb den geistigen Drahtziehern dieses Werkwerkes übrig als zu den bereits gebrachten Opfern (Bier und Zigaretten in der ersten Versammlung), noch weitere zu bringen, um dieser gelben Sammelplanze wirklich Leben einzubringen. Der Betrieb wurde eine Stunde früher abgestellt, die Arbeiter mußte eine Stunde früher erscheinen, selbstverständlich wurden diese Stunden bezahlt und somit die ganze Belegschaft zur Versammlung kommandiert. Für die nötige Stimmung sorgten wiederum einige Maß Kreibier.

Auf diese Art und Weise glaubten die Zementherren in Potsdam die weitere Ausbreitung des Keramischen Bundes zu hemmen und damit die Abschaffung der übermäßig langen Arbeitszeit und die Einführung einer einigermaßen ansehnlichen Entlohnung zu umgehen. Die Zeit wird lehren, ob die Firma mit der Föschung einer derartigen Sammelplanze der Arbeiterschaft ihre Rechte wahren kann.

Die Arbeiterschaft muß aber jetzt angesichts der oben geschilderten Verhältnisse noch mehr als bisher zur Erkenntnis kommen, daß sie nicht wegen ein paar Maß Bier und der Aussicht auf eine Sommerausfahrt auf diesen jahreslangen Zementwerks freierhand die überlange Arbeitszeit und die niedrig beherrschende niedrige Entlohnung in der Zementindustrie ertragen will. Sollen wir bessere, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen, so kommt ihr diese nicht erringen mit dem von Unrechtem gegründeten Werkverein, sondern nur mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation, das ist der Keramische Bund.

Deshalb treten alle, die ihr teils aus Mangel oder andern Gründen noch fernsteht, dem Keramischen Bunde bei. Nur wenn ihr euch in die Reihen der Organisierten einreicht, werdet ihr die Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten, die in den meisten westlichen Zementbetrieben Deutschlands schon Geltung haben. Nicht die Aussicht auf ein paar Maß Bier, schlechte Zigaretten und auf zweifelhafte Sommerausfahrten, sondern der Kampf um längere Arbeitszeit und anständige Löhne muß unsere Forderung sein.

Arbeitszeitabkommen in der Tonröhrenindustrie Frechen b. Köln.

Auf Grund des Arbeitszeitgesetzes hatten die Gewerkschaften die S 1 und 2 des Rahmvertrages zum 1. Juli d. J. anzuwenden. In der am 7. Juli fertiggestellten Verhandlung wurde folgende Vereinbarung erzielt:

Vereinbarung!

Zwischen den Ton- und Steingutröhrenfabriken in Frechen einerseits und zwischen dem Verband der Fabrikanten Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, Köln, und dem Gewerkschaftsverband deutscher Keramiker, Verwaltungszentrale Köln, andererseits, wird in Ergänzung des bestehenden Rahmvertrages folgendes vereinbart:

1. Alle Arbeitsstunden über acht Stunden täglich werden mit einem Zuschlag von 25 Proz. zum Stundenlohn vergütet.
2. Samstag beträgt die normale Arbeitszeit fünf neun Stunden acht Stunden pro Tag.
3. Für die Brenner bleibt die Bestimmung des Tarifvertrages S 2 letzter Absatz, vorläufig bis 1. Oktober 1927 bestehen. Danach werden zwölf Stunden pro Tag für alle Stunden über täglich acht Stunden hinaus mit einem Zuschlag von 25 Proz. zum Stundenlohn bezahlt.

Frechen, den 7. Juli 1927.

Für die Arbeitgeber:
Gremer, Pleisberg.

Für den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands,
Zentralstelle Köln, Abteilung Keramischer Bund:
Hertwig.

Für den Gewerkschaftsverband deutscher Keramiker:
Lehner.

Die Gewerkschaft hat zu dem Arbeitgeberverband durch Schreiben vom 21. Mai 1927 folgende Forderung unterbreitet:

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, gleich 48 Stunden pro Woche. Stunden über diese Arbeitszeit hinaus werden mit einem Zuschlag von 25 Proz. vergütet.
2. Am Samstag und an den Tagen vor den hohen Festen beträgt die Arbeitszeit fünf Stunden.

In den Verhandlungen machten die Arbeitgeber geltend, daß die gegenwärtige gute Konjunktur es nicht zulasse, eine weitere Neubestimmung der Arbeitszeit einzutreten zu lassen. Trotzdem sind sie bereit, am Samstag die Arbeitszeit um eine Stunde herabzusetzen. Auch hinsichtlich der Arbeitszeit der Brenner konnte eine Einigung auf der Grundlage des Achtstundentages nicht erzielt werden. Es wurde aber den Gewerkschaften hinsichtlich der Arbeitszeit am 1. Oktober 1927 die Zusage gemacht, daß dann möglicherweise eine Herabsetzung der regulären Arbeitszeit und auch für die Brenner die Einführung des Dreischichtensystems möglich ist. Die Erfahrungen in der Vergangenheit, soweit mündliche Erklärungen der Arbeitgeber in Frage kommen, haben die Gewerkschaften veranlaßt, einer solchen vorläufigen Regelung ihre Zustimmung zu geben. Interessant war besonders, bei den Verhandlungen festzustellen, daß immer wieder die Herren Arbeitgeber darauf hinweisen, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben nur dann einer Verkürzung der Arbeitszeit zustimmen werde, wenn auch gleichzeitig der Lohnausgleich für die verkürzte Arbeitszeit gewährt würde. Eine solche Belastung könne die Industrie aber nicht ertragen. Am 1. Oktober 1927 könne man erneut in Verhandlungen eintreten.

Es liegt an der Arbeiterschaft selbst, für die Zukunft zu erkennen, daß Lohn und Arbeitszeit nur dann in ihrem Sinne geregelt werden kann, wenn der Organisationsgedanke sich erweitert und die gesamte Arbeiterschaft sich restlos dem Keramischen Bunde anschließt.

Wie die Ziegeleiarbeiter um die Früchte ihres Kampfes im Bez. Elbing betrogen wurden.

Die ost- und westpreussischen Ziegeleiarbeiter sind wohl diejenigen, die unter den schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu leiden haben. Kommt doch besonders in Betracht, daß die Arbeit oft nur von kurzer Dauer ist, und können dann die Ziegeleiarbeiter wieder stempeln gehen. Sehr oft müssen sie sich dann mit den Arbeitsämtern herumzanken, um die färgliche Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Schon aus diesen Gründen müßte es Aufgabe der Schlichtungsbehörden sein, alles zu tun, um den Arbeitern einen gerechten Lohn anzusprechen. Leider denken die Schlichtungsbehörden nicht daran, und selbst wenn die Arbeiter den geschlossenen Kampf um bessere Löhne führen, so werden sie um die Früchte ihres Kampfes gebracht. Die Ziegeleiarbeiter am Frischen Haff, die seit dem Jahre 1925 eine Lohnerbhöhung nicht erhalten hatten, verlangten die Erhöhung des Stundenlohnes von 44 Pf. auf 56 Pf. Es erklärten in den Verhandlungen die Arbeitgeber in brutaler Weise, daß sie gar nicht hergekommen seien, um sich mit uns zu einigen. Nachdem auf diese Weise die Verhandlungen resultatlos verlaufen, riefen die Arbeitgeber den Schlichtungsausschuß an, wohl in dem Bewußtsein, dort einen Schiedspruch herauszufinden, der ihnen genehm sei. In dieser Hoffnung sahen sich die Arbeitgeber nicht getäuscht; es wurde unter Vorsitz des Gewerbetrats Herrn Gölber, Elbing, ein Schiedspruch mit 47 Pf. gefällt. Dabei mußte acht Tage vorher schon der Schiedspruch eines anderen Arbeitgeberverbandes, daß der Schiedspruch nur 47 Pf. bringen würde. Die Arbeiter lehnten diesen Schiedspruch einmütig ab, und traten die Belegschaften von vier Firmen am 20. April cr. in den Streik. Die Belegschaften von sechs weiteren Firmen wurden ausgeperrt. Am 21. Mai cr. lud der Schlichter von Elbing die Parteien zu einer Aussprache ein. Da die Forderung zu dieser Aussprache vom christlichen Transportarbeiterverband ausgegangen war, mußte der Schlichter wohl die Auffassung bekommen haben, daß die Arbeiterschaft kampfmüde sei, doch wurde der Kampf in voller Leidenschaft und Siegeszuversicht von der Arbeiterschaft weitergeführt. Da sich aber nun ein wesentlicher Mangel an Ziegeleiarbeitern auf dem Baumarkt bemerkbar machte, wandte sich der Bauwerksbund an den Regierungspräsidenten in Marienwerder, und sagte dieser zu, daß der Schlichtungsausschuß nun erneut, und zwar ernstlich, einpreisen würde. Dieses erfuhr auch der Elbinger Ziegeleiarbeiterverband und stellte dieser am 7. Juni cr. den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 27. April cr. Der Schlichter hatte nun nichts Günstigeres zu tun, als telefonisch zum Termin zwecks Verbindlichkeitsklärung einzuladen, und fand am 11. Juni cr. der Verhandlungstermin über die beantragte Verbindlichkeitsklärung statt. Unsere Organisation hatte sofort am 9. Juni cr. durch Gölber den Schlichter auf das Ungeheuerliche einer Verbindlichkeitsklärung hingewiesen, da beide Parteien seit zirka sieben Wochen im Kampfe liegen. Auch im Termin am 11. Juni cr. konnte unsere Organisation erklären, daß sie bereits mit einer anderen Firma, die auch unter demselben Tarifvertrag steht, aber ihre Arbeiterschaft nicht ausgeperrt hatte, eine Vereinbarung getroffen, die einen Stundenlohn von 53 Pf. vorsah. Auch konnten wir dem Schlichter mitteilen, daß das Gehalt der Arbeitgeber nichts als Schwindel sei, denn selbst Betriebe, die unter den ungünstigsten Bedingungen produzieren, arbeiten mit erheblichen Ueberschüssen (siehe Steuererklärungen). Der Schlichter brachte es trotzdem fertig, den Schiedspruch nach siebenwöchigem Kampf für verbindlich zu erklären. Daß der Schlichter aber auch anders kann, geht daraus hervor, daß er bei einem Schiedspruch, der für die Ziegeleiarbeiter in Gumminen eine Lohnerbhöhung von 36 Pf. auf 42 Pf. vorsah, die Verbindlichkeitsklärung, die von der Arbeiterschaft beantragt war, ablehnte. Auf Grund dieses Scheinvertrages blieb uns weiter übrig, als den Kollegen, die sieben Wochen lang ohne Lohn und ohne ein paar Streikbrot wurde, auszuhalten.

Erst durch den Kampf zu empfehlen. In dieser Versammlung wurde sich die helle Empörung der Arbeiter gegen die Schlichtungsbehörden, die hier einseitig nur zu Gunsten der Arbeitgeber gehandelt hatten, Luft.

Es sollen Schritte unternommen werden, die derartige Einseitigkeiten in Zukunft unterbinden. Sollen das Vertrauen nicht vor die Urne gehen, dann wird es höchste Zeit, daß den öffentlichen Schlichtungsstellen frühes Amt zueignet wird. (Hoffentlich wird dieser Schlichter in Zukunft als parteiisch abgelehnt. Die Red.)

Allgemeines.

Aufmerksamkeit der Spargelder auf 15 Prozent. Die Aufwertung der Spargelder hat die parlamentarischen Körperschaften in der letzten Zeit erneut beabsichtigt. Der Reichsausschuß des Reichstages hat sich für eingeleitet, daß jede Sparkasse des Reichstages der Aufwertung der Spargelder von 12 1/2 Proz. aus eigener Kraft ausbringt. Dagegen haben sich nur Bayern und Hessen erklärt. Der preussische Minister des Innern, Genosse Grelinski, hat jetzt bekanntgegeben, daß die preussischen Sparkassen angehalten werden und auch dazu in der Lage sind, eine Erhöhung des Einheitsfußes der Aufwertung von 12 1/2 auf 15 Proz. durchzuführen. Damit zeigt Preußen, was die Sozialdemokratische Partei einen bestimmten Einfluß ausübt, daß es die Aufwertung der Spargelder energisch in

In der Woche vom 18. Juli bis 23. Juli ist der 30. Wochenbeitrag fällig.

die Hand nimmt und im Rahmen des Möglichen betreibt. Die Deutschnationalen aber, eine Partei, die ihren Aufstieg der wüsten Agitation und die Aufwertungsfrage verbandt, haben heute als maßgebende Leute in der Reichsregierung und führen keinen Finger. Agitationsphrasen und die rauhe Wirklichkeit stimmen eben nicht immer überein.

Die deutsche Reichsbahn im europäischen Wirtschaftsverkehr. Vor der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft hielt der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dormüller, einen Vortrag über die deutschen Reichsbahnen im europäischen Wirtschaftsverkehr. Herr Dormüller erläuterte die Rolle, die die Eisenbahn im internationalen Verkehr und in dem Zusammenleben, namentlich der europäischen Völker, spielt. Bereits seit 1847, wo der Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen entstand, sind Bestrebungen sichtbar, die Eisenbahn international zusammenzuschließen. 1890 wurde ein internationales Übereinkommen getroffen, dem später ein Zentralamt für die internationale Eisenbahnbeförderung mit dem Sitz in Genf zur Seite trat. Dieses Zentralamt sollte zur Erleichterung der Zollabfertigung, der Paßkontrolle, zum Warenaustausch usw. beitragen. Diesen festen internationalen Organisationen trat dann später die Europäische Fahrplankonferenz zur Seite. In der Nachkriegszeit wurde versucht, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Im Jahre 1922 wurde in Anlehnung an die Wirtschaftskonferenz in Genua der Internationale Eisenbahnverband errichtet, der alle europäischen und die auf dem asiatischen Festland gelegenen großen Bahnen Chinas und Japans mit einer Gesamtlänge von 330 000 Kilometer vereint. Der Verband bezweckt die Vereinheitlichung und Verbesserungen der Bedingungen für die Anlagen und den Betrieb der Eisenbahnen im internationalen Verkehr. Es wurden direkte Tarife im Personenverkehr und die Anerkennung der deutschen Runge-Knorr-Bremse für alle europäischen Linien durchgesetzt. Direkte internationale Gütertarife schlossen sich dem an. Direkte Tarife bestehen zur Zeit mit Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Oesterreich und der Tschechoslowakei und im gewissen Umfang auch mit Rußland. Die Reichsbahn beabsichtigt, im nächsten Jahre Pullmannwagen dritter Klasse einzuführen, da diesezüge in England und Frankreich bereits laufen. Wer die Ausführungen des Herrn Dormüller vor der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft hörte, dem werden die Worte in Erinnerung gekommen sein, die der englische Dichter Thomas Buch einmal vor vielen Jahrzehnten ausgesprochen hat: „Die Lokomotive wird mehr tun zur Vereinigung der Menschen, als alle Philosophen, Schriftsteller und Propheten seit Beginn der Welt“.

Literarisches.

„Zerbrochene Ehen.“ Eine in A. Hoffmanns Verlag, Berlin, neu erscheinende Reihe von Aufklärungsschriften bringt als erste Nummer die Darstellung des Ehegesetzes. Diese von dem Genossen Rechtsanwalt Dr. Baer verfaßte Schrift ist im Hinblick auf die kommenden Reichstagsverhandlungen über die Ehescheidungsreform besonders bemerkenswert. Auf der Grundlage der Darstellung des geltenden Rechtes wird der Antrag unserer Partei behandelt und erläutert. Die Fragen um die Ehe sind so wichtig, daß sich jeder auch um die rechtlichen Voraussetzungen bekümmern sollte. Er wird in dieser Schrift (Preis 20 Pf.) auf kleinstem Umfang erschöpfende Auskunft finden.

Achtung!

Der Kollege von der Seiden, zuletzt als Zieher in der Ziegelei Heinrich & Stüwer in Reinsbeck, Bez. Machen, beschäftigt gewesen, wird hiermit ersucht, seine jetzige Adresse nach Köln, an die Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes, Severinstraße 199, 4. Etage, zu melden. Seine Streitfache ist erledigt, und müssen wir ihm die Gelder zustellen.

Job. Gottfried.

Es wird um Nachricht gebeten über den Aufenthalt des Glaschleifers Joseph Reiter, geboren im Jahre 1904. Meldungen sind abzugeben an Joseph Fohäufel, Bad Altheide, Weistritzstraße 9.

Ausschluß.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14, Ziff. 3a des Verbandsstatuts das Mitglied der Zahlstelle Rosenheim, Michael Schäfer, Buch-Nr. 999 880.

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger Verschmelzer sucht Stellung. Zutritt kann sofort erfolgen. Angebote an Arbeitsnachweis Karl Skurnia, Liebau i. Schlesien.

Tüchtiger Glaspreßer und Glasanleger für Autolinen zu günstigen Lohnbedingungen per sofort gesucht. Angebote sind zu richten an den Keramischen Bund, Gauleitung Dresden-N., Etzbergstraße 6 III. (114.)

Schleiergehilfen, welche auf Schliffgraben eingearbeitet sind oder sich einarbeiten wollen, können sich sofort melden. Zutritt kann sofort erfolgen. Es werden nur Organisierte berücksichtigt. Angebote sind zu richten an Joseph Fohäufel, Bad Altheide, Weistritzstraße 9. (115.)

Widiger Formmaler-Gehilfe, firm im Drehen und Stechen, sucht Arbeit durch Zahlstelle Freiberg i. Sachsen.

Tüchtiger Fleger und Abholzerer sucht sofort Stellung. Angebote an Josef Fohäufel, Altheide, Str. Glas, Weistritzstr. 9.

Tüchtiger Glasmacher sucht Arbeit auf Zylinder, Kelle, Konfervengläser und Thermosflaschen. Wohnung Bedingung. Offerten an Alfons Reimann, Wiefau, Str. Saan.

Für mein Zweigunternehmen in Konstanz a. Bodensee suche ich zum sofortigen Eintritt eine durchaus perfekte Stahlbruderin, welche den Rollen als Oberbruderin zu befehlen hat. Dieselbe muß in feinen Stahlbruderfabriken durchaus bewandert und in der Beaufsichtigung, resp. Anlernung des Personals erfahren sein. Es wird gut bezahlte Dauerstellung geboten. Angebote sind zu richten an die Porzellan-Manufaktur August Kollhoff-Altkonstanz, Konstanz am Bodensee.

Junger, strebsamer Glaschleifer für Hohlglas, perfekt im Sprengen am Stein, Kröpfeln, Heimmachen und Polieren, auch in leichten Einbohrarbeiten, sucht passende Stellung. Angebote unter „F. 45“ an den „Keramischen Bund“.

Zuverlässiger Schweißbrenner, verheiratet, welcher für guten Brand mit Breiflößen garantiert, sucht Vertrauensstellung. Offerten unter „F. 46“ an den „Keramischen Bund“.

Widiger Glasmacher auf Nischen oder Nabel oder Kugel und Vorstreichen, sucht Dauerstellung.

Angebote erbeten an Josef Hoffmann, Waldeuburg i. Schell., Auenstr. 20, Zimmer 7.

Steinbrüderin im Ausland sucht per sofort einen Garnierer und einen Formengießer. Requirierte erforderlich. Villeroy & Boch, Kayenverie des Sept-Konigines, Bouzemburg. Gesucht wird von einer größeren Porzellan-Fabrik Sachsens ein im Brennen von Gebrauchsgeschirr durchaus erfahrener Brennmeister. Bewerber müssen schon längere Jahre ähnliche verantwortliche Brennmeister-Rollen in anderen deutschen Porzellan-Fabriken inne gehabt haben. Bewerbungen mit Requiris-abschriften, Gehalts-Ansprüchen, evtl. Nächtbild erbeten unter „A. 120“ an die Expedition dieses Blattes.

Verlag: Albia Karl, Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Menninger, Charlottenburg, Brabeckstr. 2-5. Druck: G. Jendisewski, Berlin SO. 26, Elisabethufer 28/29.